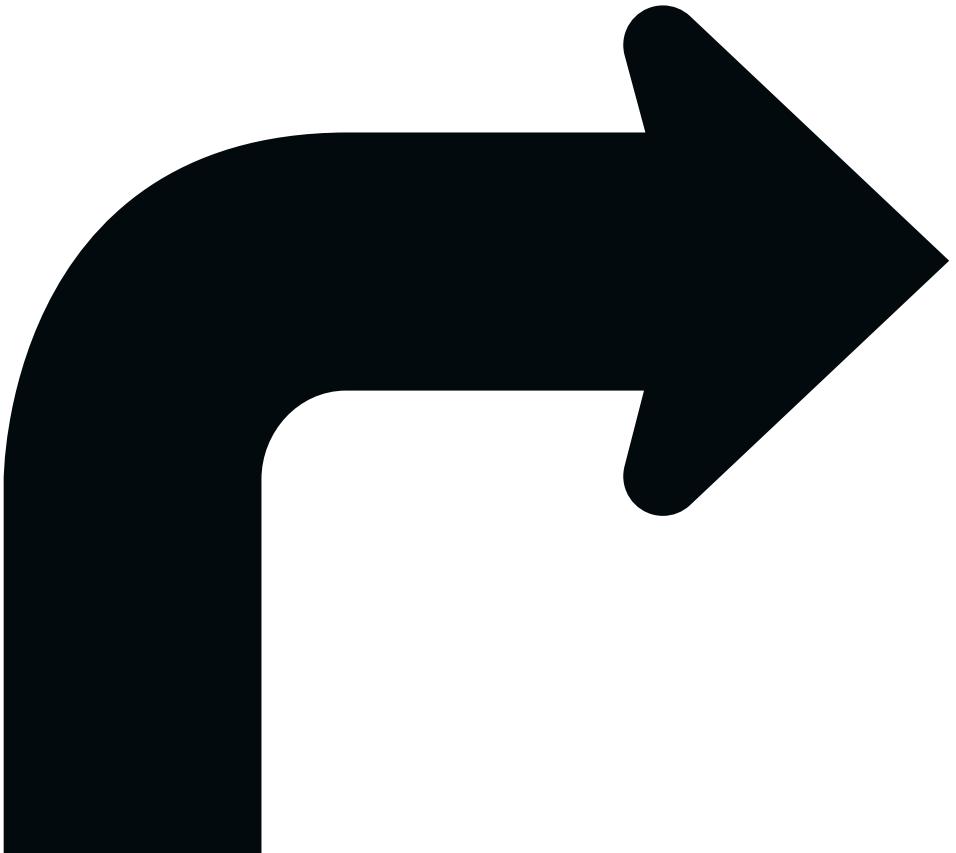


afrika-bulletin

Sep./Okt. 2018
Fr. 5.--/Euro 5.--



Umleitung



Illicit Financial Flows

Editorial

2



Susy Greuter ist Sozialanthropologin mit langjähriger Afrikaerfahrung und Mitglied des Afrika-Komitees. Kontakt: susy.greuter@sunrise.ch.

Als die OECD 2014 neue Massstäbe für die Transparenz von Kapitalflüssen setzte, sah sich die Schweiz nolens volens gezwungen, sich der Vereinbarung anzuschliessen und das Bankgeheimnis zu lockern, um so grössererem Rufschaden vorzubeugen. In der Folge wurden (und werden) bilaterale Abkommen für den geforderten automatischen Informationsaustausch (AIA) mit wirtschaftlich relevanten Staaten abgeschlossen. Ein Banker, der in der Sendung «Echo der Zeit» (SRF) zu den Folgen befragt wurde, meinte abschliessend, dass sich die Banken nun vermehrt um afrikanische Kundschaft bemühen sollten. Ihm war wohl klar, dass AIA-Verhandlungen mit den schwachen Verwaltungen afrikanischer Staaten eher spät auf die Agenda des Staatssekretariats für Internationale Finanzfragen (SIF) gelangen würden.

Afrikas Staaten mit ihren teilweise gewaltigen Rohstoffvorkommen verlieren gemäss dem Mbeki-Report aus dem Jahr 2015 jährlich 50 Milliarden USD, die aus ihren Volkswirtschaften abgezogen werden. Bei ihrer relativ geringen Wirtschaftskraft ist das anteilmässig mehr als dies bei anderen Entwicklungs- und Schwellenländern der Fall ist. Deren jährliche Verluste aufgrund von missbräuchlichem bis hin zu gesetzeswidrigem Geldabfluss werden auf insgesamt eine Billion USD geschätzt.

Unlautere, missbräuchliche bis gesetzeswidrige Geldströme – ein Thema für Spezialisten? Wie Bruno Gurtner in seinem einführenden Beitrag darlegt, diskutiert die Wissenschaft darüber, was denn Illicit Financial Flows (IFF) tatsächlich sind. Es gibt aber auch Zuversicht, dass die strengere, auf Ethik und nicht auf (umgehbar) Ge setze begründete Definition sich immer weniger auf Kapitalflucht zur Steuerhinterziehung und Geldwäsche beschränkt. Immerhin haben die G20 schon 2012 die Notwendigkeit erkannt, die Verschiebung von Gewinnen durch multinationale Gesellschaften in deren Niederlassungen in steuergünstigen Ländern, die Ausnutzung inkompatischer Steuerordnungen und die daraus folgende Zerbröckelung der Steuerbasis an den Extraktionsstandorten zu thematisieren. Die Bedingungen für Schuldentstundung und Investitionen, die der Internationale Währungsfonds (IWF) und Gläubigerstaaten afrikanischen Ländern auferlegt haben, machen deren Regierungen hilflos. Während der Beitrag von Odd-Helge Fjeldstad vor allem die Kapitalflucht und deren Helfershelfer anklagt, heben die Artikel der Kenyanerin Attiya Waris und des Liberianers Alloycious David die Hilflosigkeit und die Machenschaften regierender Eliten hervor. Getreu dem Prinzip «if you can't beat them, join them» sind sie vielfach zu Kompradoren (Vermittlern) der Wirtschaftsmächte geworden. Den Schaden haben die arm bleibenden, arm gehaltenen Massen, die Frauen und der Frieden.

Wir wünschen eine mobilisierende Lektüre.
Susy Greuter

Impressum

Ausgabe 171 | September/Oktober 2018

ISSN 1661-5603

Das «Afrika-Bulletin» erscheint vierteljährlich im 43. Jahrgang.
Herausgeber: Afrika-Komitee, Basel, und Zentrum für Afrikastudien Basel.

Redaktionskommission: Veit Arlt, Susy Greuter, Elísio Macamo,
Barbara Müller und Hans-Ulrich Stauffer

Das Afrika-Komitee im Internet: www.afrikakomitee.ch
Das Zentrum für Afrikastudien im Internet: www.zasb.unibas.ch

Redaktionssekretariat: Beatrice Felber Rochat
Afrika-Komitee: Postfach 1072, 4001 Basel, Schweiz
Telefon: (+41) 61-692 51 88 | Fax: (+41) 61-269 80 50
E-Mail Redaktionelles: afrikabulletin@afrikakomitee.ch
E-Mail Abonnements und Bestellungen: info@afrikakomitee.ch

Postcheck-Konto: IBAN CH26090000004001 77543

Für Überweisungen aus dem Ausland:
in CHF: Migros Bank, IBAN CH95 0840 1016 1437 3770 7
in Euro: Postkonto, IBAN CH40 0900 0000 9139 86679
(Bic SwiftCode: POFICHBEXXX; Swiss Post, PostFinance, CH-3000 Bern)

Mitarbeitende dieser Ausgabe: Veit Arlt (Red.), Alloycious David, Odd-Helge Fjeldstad, Pius Frey, Andrea Fuchs, Elisa Fuchs, Susy Greuter (Red.), Bruno Gurtner, Caro van Leeuwen, Barbara Müller (Red.), Melanie Sampayo, Pascal Schmid, Hans-Ulrich Stauffer (Red.), Attiya Waris.

Druck: Rumzeis-Druck, Basel

Inserate: Gemäss Tarif 5/99, Beilagen auf Anfrage

Jahresabonnement: Fr. 30.–/Euro 30.–

Unterstützungsabonnement: Fr. 50.–/Euro 40.–

Im Mitgliederbeitrag von Fr. 60.–/Euro 50.– ist das Abonnement enthalten.

Redaktionsschluss Nummer 172: 30. September 2018

Schwerpunktthema: Zambia und die Kupfer-Wertschöpfungskette

Schwerpunktthemen der nächsten Ausgaben: Uranabbau, Demokratische Republik Kongo. Interessierte an einer Mitarbeit sind eingeladen, mit der Redaktion Kontakt aufzunehmen.

Unser Titelbild: Gewinne aus der Rohstoffextraktion werden auf vielerlei Arten vom afrikanischen Kontinent abgezogen (Bild: Wikipedia 2017).

Illicit Capital Flows (IFF)

Bedeutungsvoller Definitionsstreit

Was sind Illicit Financial Flows? Bruno Gurtner vom Tax Justice Network führt in die Vielfalt der Mechanismen ein, mit denen Gewinne verschoben und Steuern optimiert werden. Er plädiert für eine breite Definition, nach der nicht statthaft ist, was die Steuereinnahmen in den betroffenen Ländern schmälert.

Es herrscht grosse Einigkeit: Schmutzige, unlautere Geldflüsse (auf Neudeutsch: Illicit Financial Flows, IFF) gehören verbannt! Die international vereinbarte Agenda für nachhaltige Entwicklung legt in Ziel 16.4 eindeutig fest: Bis 2030 müssen IFF in beträchtlichem Ausmass reduziert, Potentatengelder identifiziert und zurückgeführt sowie die organisierte Kriminalität drastisch eingedämmt werden.

Keine Einigkeit herrscht aber bei der Frage, was denn genau unter «illicit» verstanden werden soll. Stammen grenzüberschreitende Finanzflüsse aus Quellen, die eindeutig auf Grund von Gesetzesverletzungen entstehen, also illegal sind, ist der Fall klar. Schmiergeldzahlungen, Drogen-, Organ- und Menschenhandel, Korruption, Terrorfinanzierung, Geldwäsche, Diebstahl, Umgehung von Kapitalkontrollen, Steuerhinterziehung und -betrug, unerlaubter Waffenhandel – all dies ist in den meisten Ländern gesetzeswidrig und fällt unbestritten massen unter «illicit flows».

Doch wie sieht es bei der aggressiven Steuervermeidung aus? Mit dem sattsam bekannten Verschieben von Gewinnen international tätiger Gesellschaften in Tief- oder Nullsteueroasen mittels kreativer Buchführung? Mit dem Verstecken von hohen Vermögen in verschwiegenen und intransparenten Rechtssystemen? Mit dem missbräuchlichen Ausnützen regulatorischer Unterschiede zwischen einzelnen Ländern?

Als UN-Gremien versuchten, genaue Indikatoren zum Messen der IFF zu entwickeln, gingen die Meinungen weit auseinander. Maya Forstater forscht über Business und Nachhaltige Entwicklung einschliesslich des Themas Steuern und Entwicklung. Sie ist der Ansicht, dass nur dann von «illicit» gesprochen werden kann, wenn eindeutig illegale, ungesetzliche Tatbestände vorliegen. Alles andere führt zu Konfusion und zum Verlust von Klarheit. Sie setzt «illicit» also faktisch gleich mit «illegal». Solange bestimmte Praktiken innerhalb der Grenzen des Rechtes seien, dürften diese Praktiken nicht vermischt werden mit illegalen. Der Schutz der zivilen Rechte und der Freiheit gehe vor.

Unmoralische Praktiken sollen eingeschlossen werden

Ganz anderer Meinung ist Sol Picciotto, emeritierter Steuerrechtler der Universität Lancaster (UK). Eine weite Definition von IFF sei unbedingt erforderlich. Insbesondere müsse die Steuervermeidung multinationaler Unternehmen miteingeschlossen werden. Steuerhinterziehung sei nicht «perfekt legal», die geläufige Meinung zu Tax Avoidance habe sich in den letzten Jahren stark verändert. Picciotto geht noch weiter: auch unmoralische Praktiken müssten eingeschlossen werden. Das

Ausnutzen von unterschiedlichen Gesetzen und Einrichtungen in anderen Ländern zur Vorteilsnutzung, also die massive Steuereinsparung, widerspreche der öffentlichen Ordnung.

In der Tat ist seit der Finanzkrise von 2008 ein Meinungsumschwung im Gange. Die G-20 postulierten schon 2009, die Ära des Bankgeheimnisses sei vorüber (was objektiv noch längst nicht stimmt). Aber der Ausbau des steuerlichen Informationsaustausches schreitet weiter voran. Der Drang nach umfassender Transparenz hinsichtlich der wirtschaftlich an Unternehmen aller Art letztlich Berechtigten (Beneficial Ownership) und nach Kontrolle der Steueroptimierungsindustrie hält an.

Steuereinnahmen als Indikator

Offensichtlich neigen die erwähnten UN-Gremien eher zur zweiten Ansicht. Entscheidendes Kriterium seien die Auswirkungen auf die Steuereinnahmen der betroffenen Länder. Fallen die Einnahmen wegen solcher Praktiken geringer aus, sollten letztere als «illicit» bezeichnet werden. Die verantwortlichen internationalen Organisationen scheinen langsam eine breitere Definition von «illicit» zu akzeptieren. Dazu haben auch die Kampagnen der Zivilgesellschaft, der Bewegung für Steuergerechtigkeit, beigetragen.

Das ist gut so, denn Gesetze, deren Interpretation und Durchsetzung sind nicht absolut und vor allem nicht wertfrei, sondern normativ. Wer komplexe Steuervermeidungsstrukturen entwickelt, verkauft und nutzt, bewegt sich in einem Graubereich. Picciotto setzt dem die Forderung nach einer professionellen Ethik und Kultur entgegen – einer Verantwortung gegenüber dem öffentlichen Interesse. ▀

Literaturhinweise:

Wir empfehlen die Blogs von Sol Picciotto (Why Tax Avoidance is Illicit) und Maya Forstater (Why Illicit Financial Flows and Multinational Tax Avoidance are not the Same Thing) auf der Webseite des International Centre for Tax and Development (ICTD) und die dort aufgeführte Literatur zum Thema: www.ictd.ac.



Bruno Gurtner war bis zu seiner Pensionierung verantwortlich für den Fachbereich Internationale Finanzfragen bei AllianceSüd. Der Ökonom ist Vorstandsmitglied von Solidar Suisse, Mitbegründer des Tax Justice Network (TJN), das er während mehrerer Jahre präsidierte.

Besteuerung und Kapitalflucht aus Afrika

Die Steuervermeidungsindustrie

Ein weltweites Netzwerk von Offshore-Finanzzentren, sogenannten Steuerparadiesen, ermöglichen es reichen Eliten und multinationalen Unternehmen bedeutende Vermögen aus Afrika abzuleiten. Gemessen an der Grösse ihrer Wirtschaft verlieren afrikanische Länder mehr durch die Steuerhinterziehung von Unternehmen als Länder in anderen Teilen der Welt. Eine ganze Industrie ist damit beschäftigt, Kapitalflucht, Steuerhinterziehung und anderes zu ermöglichen. Odd-Helge Fjeldstad beschreibt die entscheidende Rolle, welche den international tätigen Finanzdienstleistern dabei zukommt, und er fordert eine bessere Regulierung dieses Sektors. Dass unter ihnen an zentraler Stelle Schweizer Banken zu finden sind, kann kaum überraschen.

4

2015 enthüllte eine Kundenliste der grossen internationalen Bank HSBC die riesigen Geldbeträge, welche reiche Afrikaner und Afrikanerinnen auf Nummernkonten in der Schweiz aufbewahrten. Gabriel Zucman, der Autor des Buches «The Hidden Wealth of Nations: The Scourge of Tax Havens» schätzt, dass Afrikaner 500 Milliarden USD offshore halten, dies entspricht 30 Prozent des insgesamt von Afrikanern gehaltenen Vermögens.

Weit verbreitete Steuervermeidung und -hinterziehung untergraben die Steuerbasis und begrenzen die den Regierungen zur Verfügung stehenden Mittel zur Finanzierung des öffentlichen Dienstes und der Infrastruktur. Der Verlust an Steuereinkommen stellt aber nur eine der schädlichen Auswirkungen dieses Systems dar. Es untergräbt auch die wirtschaftliche Effizienz, die Einkommensverteilung und die Legitimität der Regierungen. Wir sind mit einem sehr komplexen internationalen System konfrontiert, dessen Strukturen zwar legal sind, aber auf Steuervermeidung und andere kriminelle Aktivitäten zugeschnitten sind. Dazu gehört auch das Verbergen von Geld, das aus Quellen wie dem organisierten Verbrechen, Geldwäscherei und Korruption stammt.

Offshore-Finanzzentren und die Steuervermeidungsindustrie

Steuerparadiese umfassen sowohl kleine tropische Inseln wie die Caymans und die britischen Jungferninseln, die man sich gemeinhin unter Steuerparadiesen vorstellt, als auch reiche OECD-Länder wie Irland, die Niederlande, Luxemburg, Singapur, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die USA.

Steuerparadiese sind juristische Zuständigkeitsgebiete, die eine Kombination von tiefen Steuersätzen, begrenzter Regulierung und Diskretion bezüglich der Eigentümer von registrierten Unternehmen und individuellem Aktienbesitz anbieten. Nationale Gesetze zum Bankgeheimnis sind darauf ausgerichtet, den Informationsaustausch über die Kunden zu verhindern, und erlauben dadurch die Geheimhaltung der Konteninhaber und der Registrierung von Unternehmen. Sie haben das Ziel, ausländisches Vermögen und Konzerne anzulocken. Gleichzeitig wahren sie den Schein seriöser Geschäftstätigkeit.

Die massive Verschiebung von Reichtum weg von der Öffentlichkeit wird von einer Industrie von Fachleuten unterstützt, ohne die diese Offshore-Welt nicht funktionieren könnte. Für Konzerne sind die wichtigsten Akteure internationale Banken sowie die vier grossen Buchführungs- und Revisionsfirmen PwC, Deloitte, EY und

KPMG und – in einem geringeren Ausmass – einige internationale Kanzleien.

Panama-Papers machen System sichtbar

2015 enthielten die Panama-Papers mit 11,5 Millionen Dokumenten der Kanzlei Mossack Fonseca, wie Unternehmen und Superreiche Panama und andere Steuerparadiese zum Zweck der «Steueroptimierung» benutzen und Einkommen und Vermögen verstecken. Die Panama-Papers identifizierten 500 Banken, die Kapitalflucht begünstigen. Banken helfen bei der Schaffung von Briefkastenfirmen und Geheimkonten für Tausende ihrer Klienten in verschiedenen Steuerparadiesen, deren Gesetze das Bankgeheimnis schützen. Drei der weltweit grössten Banken wurden als Hauptakteure auf diesem Markt identifiziert: HSBC Holding PLC, UBS Group AG und Credit Suisse AG. Die Panama-Papers bestätigen, dass Banken mit Niederlassungen auf der ganzen Welt für ihre globale Kundschaft in diesem Sinn tätig sind. Banken, die überall in Afrika südlich der Sahara operieren, nutzen normalerweise Mauritius als Drehscheibe für ihre Transaktionen. Eine Bank in Mauritius handelt nicht isoliert, sondern ist Teil eines Finanzsystems mit direkten Verbindungen zu den Grossbanken in den wirtschaftlich bedeutendsten Ländern.

2014 war die Credit Suisse die erste Bank, die sich in einem Strafverfolgungsfall in den USA für schuldig bekannte. Während Jahren hatte die Bank reichen amerikanischen Kunden geholfen, mit Hilfe von anonymen Stiftungen und Briefkastenfirmen in Steuerparadiesen das US-Steuersystem zu unterlaufen. Die Bank akzeptierte eine Busse von 2,5 Milliarden USD. Seit 2014 laufen ausserdem in mehreren europäischen Ländern Untersuchungen gegen die Bank wegen Komplizenschaft bei Steuervermeidung, Geldwäscherei und Verstecken von Vermögen von politisch exponierten Personen.

Die Superreichen werden im Allgemeinen durch eine professionelle Gruppe von Vermögensverwaltern betreut. Gemäss Brooke Harrington, Autor des Buches «Capital without Borders: Wealth management and the one percent», sind rund 20 000 Angestellte in 95 Ländern in der Vermögensverwaltung tätig: spezialisierte Anwälte, Buchhalter und andere Vermögensverwalter. Sie helfen ihren Kunden dabei, die Intention der Gesetze zu verletzen und dabei formell gesetzestreu zu bleiben. Für das ultramobile Privatkapital sind nationale Gesetze kaum mehr als ein Set von «Kaufangeboten». Weshalb verhindern die Regierungen dies nicht? Die Antwort lautet, dass es sowohl auf der individuellen wie auch auf der institutionellen Ebene massive Interessenskonflikte

gibt. Vermögensverwalter haben Zugang zu den höchsten Regierungsstellen, und in den Steuerparadiesen verfassen sie buchstäblich die Gesetze.

Im November 2017 öffnete sich ein weiteres Fenster in die Welt der Offshore-Anwaltsfirmen, als die Paradise Paper Leaks Millionen von Dokumenten der auf den Bermudas beheimateten Anwaltskanzlei Appleby offenlegten. Diese Firma ist mehr als 100 Jahre alt und hat einen gut geschützten Ruf. Sie unterhält Zweigstellen in Hongkong, Shanghai, den britischen Jungferninseln und den Cayman Inseln. Die Paradise Papers legten offen, wie tief verbunden das Offshore-Finanzsystem mit den sich überschneidenden Welten von Politikern, privaten Vermögenstitanen und Weltkonzernen verknüpft ist. Dazu gehören Firmen wie Apple, Nike und andere globale Unternehmen, welche Steuerzahlungen durch immer kreativere Manöver umgehen. Die bekannt gewordenen Dokumente zeigen, dass Anwaltsfirmen wie Appleby eine zentrale Rolle zukommt, wenn es ums Weben von Netzen der finanziellen Geheimhaltung geht, die den Kern der Offshore-Finanzen bilden.

Internationale Initiativen und ihre Bedeutung für Afrika

Bei der Bekämpfung der weltweiten Problematik von Steuerhinterziehung, Korruption und Geldwäsche ist es unerlässlich, die wesentliche Rolle zu verstehen, die Steuerparadiese als Anbieter von Geheimhaltung spielen. Dies setzt wiederum voraus, dass man die Rolle der Banken, der vier grossen Unternehmensberater und der Vermögensverwalter als Dienstleister der finanziellen Geheimhaltungsindustrie kennt. Sie ermöglichen die Finanzverbrechen indem sie das Verstecken der Gewinne von Steuerhinterziehung, Korruption und Geldwäsche erleichtern und das Risiko mindern. Diese Dienstleister müssen besser reguliert werden, verbunden mit empfindlichen Strafen für das Übertreten der entsprechenden Regeln.

Die Regierungen in den Steuerparadiesen, besonders diejenigen, die der OECD angehören, müssen vermehrt Verantwortung für die Möglichkeiten für Steuer- und Finanzvergehen übernehmen, die in ihren Rechtsprechungen existieren. Sie alle haben zu einem System beigetragen, welches die Ungleichheiten vergrössert und Hindernisse für eine nachhaltige Entwicklung für die Ärmsten dieser Welt schafft. Diejenigen, die Steuerparadiese verteidigen, beziehen sich oft auf das Recht souveräner Staaten, ihr eigenes Steuersystem souverän zu gestalten. Diese Begründung ist oberflächlich, weil Steuerparadiese die Souveränität anderer Staaten stark beeinträchtigen. Unternehmen und wohlhabenden Einzelpersonen Steuerdomizil und Nullsteuertarife zu gewähren, ohne dass diese eine substantielle Aktivität im Land ausüben, bedeutet anderen Ländern die Steuerbasis zu stehlen.

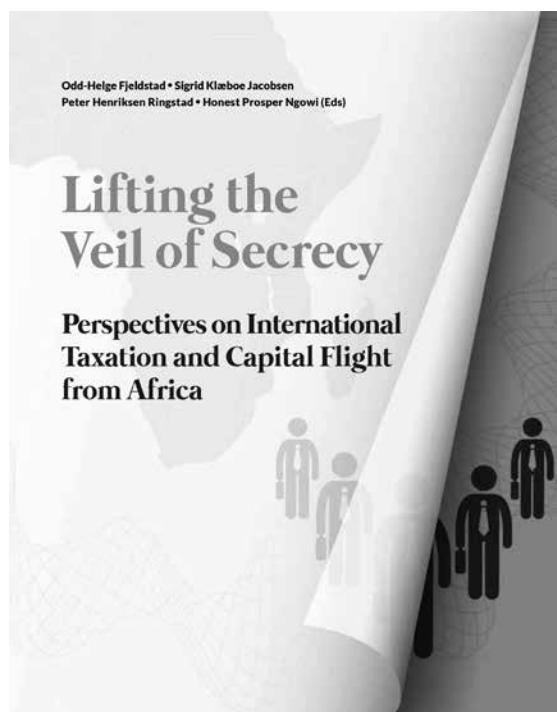
Während des letzten Jahrzehnts haben sich internationale Organisationen vermehrt dem Problem der finanziellen Geheimhaltung und der Steuerparadiese zugewandt. Zivilgesellschaftliche Organisationen wie das Tax Justice Network, Action Aid und Publish What You Pay haben dabei eine wichtige Rolle gespielt, das Thema Steuerparadiese sowohl in den einzelnen Ländern wie auch auf internationaler Ebene auf die politische Agenda zu setzen. Der öffentliche Druck hat zu einer Reihe von

politischen Initiativen geführt, von denen viele von der OECD und der EU vorangetrieben werden. Empfehlungen, die Kapitalflucht aus Afrika einzudämmen, bauen auf diese Initiativen – beispielsweise der 2015 veröffentlichte «Report of the High Level Panel on Illicit Financial Flows from Africa» (auch Mbeki-Bericht genannt).

Die Initiativen von OECD und EU sind weitgehend auf die entwickelten Länder ausgerichtet und entsprechen nicht den besonderen Bedürfnissen der Entwicklungsländer. Es braucht deshalb Initiativen, die sich an den Bedürfnissen afrikanischer Länder orientieren und stärker als die bisherigen den Interessen der Entwicklungsländer dienen. Dem Steuerkomitee der Vereinten Nationen kommt eine potentiell wichtige Rolle als Forum für beide Seiten zu, um Steuerfragen über den OECD-Prozess hinaus anzupacken. Es wird aber stark beeinträchtigt durch fehlende Ressourcen. Das Komitee müsste zu einem wirksameren Forum ausgebaut werden, um den Bedürfnissen der Entwicklungsländer gerecht zu werden, parallel zur OECD und zu anderen internationalen Institutionen.

Literatur:

Odd-Helge Fjeldstad, Sigrid Klæboe Jacobsen, Peter Ringstad und Honest Prosper Ngowi (Hg): *Lifting the veil of secrecy: Perspectives on international taxation and capital flight from Africa*. Bergen 2017 (Chr. Michelsen Institute). Das Buch steht auf der Webseite <https://www.cmi.no/publications> zum Download bereit.



Odd-Helge Fjeldstad ist Forschungsprofessor am Chr. Michelsen Institut, Norwegen, a.o. Professor am African Tax Institute der Universität von Pretoria und Senior Fellow am International Centre for Tax and Development, Vereinigtes Königreich. Er leitet das Forschungsprojekt «Taxation, Institutions and Participation: The Dynamics of Capital Flight from Africa». Der Beitrag wurde von Barbara Müller übersetzt. Kontakt: odd.fjeldstad@cmi.no.

Die Auswirkungen von Illicit Financial Flows

Ressourcen sollten für Gender-, ökonomische und soziale Ger

Attiya Waris, Wirtschaftsdozentin in Nairobi, zeigte in einem umfangreichen Policy-Brief die Machtlosigkeit auf, in welche die noch immer tolerierte Möglichkeit, Gelder in die Steuerparadiese des Nordens zu leiten, die Länder des Südens treibt. Dabei sind ihre Ressourcen und Arbeitskräfte Quelle dieser Mittel. Dazu kommt die Komplizenchaft der lokalen Eliten, deren Teilhabe an der Plünderung zur Selbstbehauptung wurde. In diesem Schacher kommen die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der Armen, insbesondere der Frauen unter die Räder, wie folgende Auszüge aus dem Artikel aufzeigen.

Die Auswirkungen der undurchsichtigen Bankgesetze in Steuerparadiesen wie der Schweiz auf Frauenrechte und Gleichstellung im Ausland waren 2016 Gegenstand einer Eingabe von zivilgesellschaftlichen Organisationen beim Komitee zur Beseitigung der Diskriminierung von Frauen (CEDAW). Dieser Vorstoss bildete einen begrüssenswerten Schritt im Bestreben, Steueroasen mit der konkreten Verletzung von Menschen- und Frauenrechten zu konfrontieren.

ten Einheiten, die in verschiedenen Ländern operieren». Derzeit gibt es lediglich eine schwache Koordination zwischen Steuerhoheiten, sodass diese «separaten Einheiten» den multinationalen Unternehmen einen enormen Spielraum geben, um Profite rund um den Globus zu verschieben und so ihre Gewinne zu optimieren.»

In Wirtschaftskreisen wird Foreign Development Investment (FDI) als Schlüssel gesehen, um die Arbeitslosigkeit zu mildern. Im Bestreben ein günstiges Klima für ausländische Investitionen zu schaffen, befördern Länder mit geringen Einnahmen oftmals die eigene Auspferung durch Steuererlassen, die zu unlauteren Geldströmen in Richtung Norden führen. Ebenso werden grosse Unternehmen und Korporationen trotz enormer Gewinne kaum dazu verpflichtet, einen Beitrag zum Aufbau der Infrastruktur für öffentliche Dienste oder auch nur zum Erhalt der Umwelt zu leisten.

Während internationaler Druck für oder gegen IFF ganz klar eine Schlüsselrolle spielt, muss doch gesagt sein, dass Entwicklungsländer nicht gezwungen sind, in diese Bestimmungen einzuwilligen. Noch müssen sie pflichtschuldig den Vorschriften der internationalen Finanzinstitute nachkommen. Die Vereinbarungen sind auch eine politische Entscheidung. Reiche lokale Eliten – oft über demokratische Wahlen an die Macht gelangt – sind im Verbund mit mächtigen Korporationen und globalen Eliten für den Erhalt dieses Status Quo verantwortlich, über den sie zu persönlichem Reichtum gelangen. Regierungen, die versuchten dem zu widerstehen, haben vielfach politische Rückschläge zugunsten von charismatischen Kompradoren erfahren müssen. Diese haben es verstanden, die Herzen und Köpfe der Bevölkerung zu gewinnen und diese zu überzeugen, dass es keine andere Möglichkeit gibt als sich den Mächtigen zu beugen – und damit mitverantwortlich für das eigene Elend zu werden.

Literatur, die die globalen Auswirkungen von IFFs als Hindernisse zur Realisierung von Gerechtigkeit und Frauenrechten im Blickpunkt hat, ist rar. Hier einige spezifische Auswirkungen:

Auswirkungen auf öffentliche Dienstleistungen

Eine unzulängliche Steuererhebung hat direkte Auswirkung auf das Budget des entsprechenden Landes. Es resultieren gewöhnlich Kürzungen in Schlüsselbereichen wie Erziehung, Gesundheitswesen, Betreuungsbeihilfen – Bereiche, die Frauenleben direkt beeinflussen.

Obwohl externe Zwänge den Rahmen festlegen, ist die Vergabe des Budgets hochgradig politisch und nicht geschlechtsneutral. Die Priorisierung von Bereichen wie Militär oder Propaganda gegenüber einem Einsatz zugunsten von Grundbedürfnissen, ist Teil des Machterhalts von lokalen und globalen Eliten. Je geringer die



Die kenyanische Ökonomin Attya Waris in einem Interview des holländischen Senders VPRO (Bild: www.vpro.nl, 2013).

Um einige dieser Auswirkungen zu illustrieren, wurden Schlüsselbeispiele angeführt. Eines davon betraf Zambia und zeigt auf, wie grenzüberschreitender Steuerbetrug der Umsetzung von Frauenrechten schadet. «Trotz der Bemühungen der zambischen Finanzbehörden, der Steuervermeidung durch Bergbaugesellschaften nachzugehen, zeigen laufende Forschungen, dass die Verluste durch Profitverschiebung im Kupferabbau insgesamt 60 Prozent des zambischen Gesundheitsbudgets im Jahr 2015 entsprachen. Mehr als die Hälfte der Kupferexporte laufen über Schweizer Firmen wie Glencore, ein Bergbau- und Rohstoffhandelsunternehmen mit Hauptsitz in der Schweiz. Die Verluste werden von offizieller Seite auf zwei Milliarden USD pro Jahr geschätzt.»

Fehlende Staatseinkünfte im Süden

Das internationale Steuersystem erlaubt es multinationalen Korporationen, ihr Kapital rund um den Globus zu verschieben, um so in den Genuss möglichst geringer Steuern zu kommen. Wie Sol Piccioli in einem Bericht anmerkt, werden multinationale Korporationen behandelt, «als seien sie lose Ansammlungen von separa-

im Süden echtigkeit eingesetzt werden

Investitionen in Bildung, desto einfacher ist es, die Bevölkerung zu kontrollieren und auf Überlebensmodus zu halten!

So ist die Feminisierung der Armut zur anhaltenden Zeiterscheinung geworden: Wegen ungleicher Machtverhältnisse und tief sitzender kultureller Klischees, die die Persönlichkeit von Frauen und Mädchen bestimmen, leisten diese rund um die Welt unbezahlte Arbeit. Dies verewigt ihre Verarmung, da ihre Position zum Hindernis wird für ihre Teilnahme an bezahltem Erwerb, am politischen Leben und körperlicher und sexueller Selbstbestimmung. Aus diesem Grund sind Frauen tendenziell abhängiger von öffentlichen Diensten. Mit unbezahlten Pflegediensten entlasten sie die öffentliche Hand. Dies widerspiegelt wiederum die mangelnde Anerkennung der weiblichen Sorgearbeit, die die gesamte Wirtschaft stützt.

Mangelnde Investitionen führen zu Arbeitslosigkeit

Wenn Gelder auf unlautere Weise abgezogen werden, wirkt sich der Verlust an öffentlichen Mitteln negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung des betreffenden Landes aus. Neue Investitionen und das entsprechende Wachstum bleiben aus. Anstelle von neuen Arbeitsplätzen wird Arbeitslosigkeit geschaffen, was Frauen besonders hart trifft. Gemäss einem Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) von 2016 laufen Frauen in vielen Regionen der Welt grössere Gefahr als Männer, arbeitslos zu werden und zu bleiben. Ist ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt ohnehin schon geringer, so müssen sie häufig tief qualifizierte und schlecht bezahlte Arbeit annehmen. Frauen sind nicht die Einzigsten, aber typischerweise die Ersten, welche ihre Jobs verlieren und/oder schlechte Arbeitsbedingungen akzeptieren müssen, um ihre Arbeit zu behalten.

Regressive Steuerpolitik

IFF lösen in den betroffenen Ländern oft regressive Steuerpolitiken aus: Im Bestreben, die Defizite in den Budgetplänen zu beheben, sollen eher Konsum- als Vermögenssteuern die Lücken schliessen. Neoliberalen Theisen, dass Vermögenssteuern in einem Rückzug von Investitionen in die nationale Wirtschaft resultieren, haben sich tief in die Köpfe der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger eingeschrieben – so tief, dass das Dogma «putting profit before people» (Profit sei das wichtigere Ziel als das Volkswohl) weltweit nicht hinterfragt wird, obwohl es im Grunde eine politische Entscheidung bleibt. Konsumsteuern sind in vielen Fällen die – sowohl wirtschaftlich wie politisch – günstigere Option für Regierungen. In der Folge werden sie von den Medien weniger attackiert, als wenn sie die Reichen besteuern. Unglücklicherweise ist in den meisten Fällen keine Gegen- oder Volksmacht da, die diese Entwicklung stoppen könnte.

Ein Fall in Ghana illustriert die daraus resultierende Verzerrung: Martha, die an ihrem kleinen Kiosk vor der SAB-Miller-Fabrik Bier verkauft, bezahlt mehr Steuern als die Fabrik gleich neben ihrer informellen Bude! Diese Wirklichkeit ermutigt Unternehmerinnen wie sie nicht dazu, ihren Betrieb registrieren zu lassen. Denn: Ihre Steuerlast würde vergrössert. Im Endeffekt hält dies ei-

ne Situation aufrecht, in der sich informell Arbeitende nicht für öffentliche Dienstleistungen wie Krankenversicherung und Altersvorsorge qualifizieren.

Frieden und Sicherheit von Frauen bedroht

Mittel aus ungesetzlichen Finanzströmen können häufig gar nicht gesetzeskonform eingesetzt werden und stärken kriminelle Aktivitäten wie illegalen Waffen- und Menschenhandel – dem zu 49 Prozent Frauen und zu 21 Prozent Mädchen zum Opfer fallen – sowie andere Unternehmungen, die Frieden und Menschenrechte untergraben. Aufgrund des klandestinen Charakters der IFF sind die Daten dazu lückenhaft. Doch Analysen wie die des Tax Justice Network und des High Level Panel on Illicit Financial Flows from Africa (sog. Mbeki-Bericht) merken an: «IFF florieren bei Unsicherheit und Konflikten und verschärfen beide, indem sie die finanziellen und politischen Erwartungen an funktionierende Staaten untergraben und in Entwicklungsrukschritten resultieren können.»

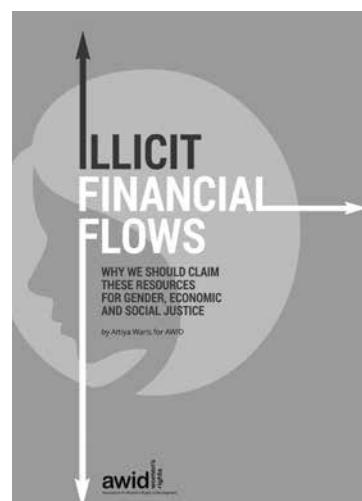
Berücksichtigt man die gut dokumentierten Auswirkungen von Kriegen und Konflikten auf die Zivilbevölkerung, besonders auf Frauen und Mädchen, wird klar, welche Bedeutung dem Thema der IFF zukommt, um den finanziellen Wegbereitern von Militarisierung und Konflikten zu begegnen.

Mittel für Frauenrechte und Gendergerechtigkeit

Eine der grössten Herausforderungen, bei der Umsetzung der längst eingegangenen Verpflichtungen zur Einhaltung von Menschen- und Frauenrechten und zur Gendergleichstellung ist die Bereitstellung ausreichender Mittel.

Staaten sind verpflichtet, ein Maximum an verfügbaren Mitteln für die Realisierung von Menschenrechten zu mobilisieren. Dabei kommt der progressiven Besteuerung eine Schlüsselrolle zu. Sie kann dazu beitragen, wirtschaftliche und Gender-Ungleichheit anzugehen. Die versteckten Mittel aus unlauteren Finanz(ab)-flüssen müssen aufgedeckt und zurückgeleitet werden, um die lokale Mittelbeschaffung für Entwicklungsziele und Gendergleichstellung zu stärken. ■

Attiya Waris ist Professorin für Wirtschaft an der Universität von Nairobi, Kenya und Mitglied des internationalen Tax Justice Network. Die ausgewählten Exzerpte stammen aus einem Policy-Paper, das Waris 2017 für AWID (Association for Women in Development) verfasste. Sie wurden von Susy Greuter zusammengestellt und übersetzt. Kontakt: attiya@uonbi.ac.ke.



Der Policy-Brief «Illicit Financial Flows: Why we should claim these resources for gender, economic and social justice» ist auf der Webseite www.awid.org/publications zum Download verfügbar.

Armut inmitten von Überfluss

Liberia hat wenig von seinem Holzreichtum

In diesem Artikel macht Alloycious David unlautere und gesetzeswidrige Geldströme sichtbar: das Verschwinden grosser Beträge, mutmassliche Geschenke für willfährige Gesetzesbeugung und Steuerschulden sowie Wertbeteiligungen. Die Holzwirtschaft in Liberia ist ein Beispiel für die Komplizenschaft der Eliten armer Länder mit international vernetzten Kapitalgebern. Parlamentarier und Verwaltungsgrossen sind Minderheitsaktionäre der zahlreichen Firmen, die mit Hilfe multinationaler Holzhandelskorporationen gegründet wurden. Wohin die erlassenen oder einfach nicht bezahlten Abgaben für die Holzextraktion letztendlich fliessen, blieb den Recherchierenden verschlossen.

8

Gleich zwei Recherchen zu Liberias Forstwirtschaft (Global Witness und Sustainable Development Institute, SDI) haben aufgedeckt, dass das Land und seine Bürger wenig von den Holzexporten profitieren. Die Einkünfte, die dem Staat zufließen und die Nutzungsgebühren für die Gemeinschaften, denen die Wälder zu stehen, sind bescheiden im Vergleich zum Wert des Langholzes, das ausgeführt wird. Doch werden diese Nutzungsgebühren wenigstens bezahlt?

Offizielle Daten der in Genf domizilierten Société Générale de Surveillance (SGS) zeigen auf, dass in Liberia zwischen 2008 und 2015 Langholz im Wert von über 100 Millionen USD geschlagen wurde – und dass 90 Prozent dieser Baumstämme exportiert wurden. SGS ist die führende Inspektions- und Zertifizierungsfirma, die seit 2006 mit der Beglaubigung des landesweit extrahierten Holzes beauftragt ist. Sie soll sicherstellen, dass das Holz rechtmässig gehandelt wird und so zum nationalen Wachstum beiträgt.

Langholz aus Lofa County nahe der Grenze zu Guinea auf dem Weg zum Meereshafen Buchanan (Bild: Alloycious David 2018).



Die SDI-Studie wies anhand dieser Zahlen nach, dass sieben Unternehmen, die Lizenzen im Rahmen der Waldbewirtschaftungs-Verträge (FCM) halten, ihren Steuerpflichten nicht nachkommen. Auch hat die Regierung, den im Forstreformgesetz von 2006 vorgesehenen 60 Prozent Anteil der staatlichen Pachteinnahmen für Bezirk und Gemeinden in den betreffenden Waldgebieten ausgesetzt.

Hoffnungsvolle Reformen und Neustart

Das Versäumnis der Firmen, die Steuern und Gebühren für die Eigentümergemeinden zu zahlen, untergräbt den Reformprozess, der von der Regierung der früheren Präsidentin Ellen Johnson-Sirleaf und ihrer Partner – unter ihnen die Weltbank – nach dem Ende des 14-jährigen Bürgerkrieges 2006 vereinbart wurde. Ein wichtiger Grund für das sorgfältig mit vielen Partnern ausgehandelte Gesetz der Liberianischen Nationalen Forstreform (NLRF) war, dass während des Krieges Einkünfte aus dem Holzhandel für den Kauf von Waffen verwendet worden waren und so zur Verlängerung des Krieges beitragen. Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung waren weitere Schlagschatten, welche die Holzwirtschaft jener Jahre belasteten, sodass die UNO während des Krieges Holzexporte aus Liberia sanktionierte.

«In den Jahren 2009 und 2010 wurden die sieben FMC-Konzessionen erteilt und der Holzschlag kam (erneut) in die Gänge. Ende 2011 waren die Exporte auf 94 680 Kubikmeter Langholz angewachsen», schreibt das SDI im März 2017. Die sieben Firmen sind als «the dirty seven» bekannt.

Die Reformbemühungen stützen sich unter anderem auf Verordnungen, welche eine öffentliche Teilnahme am Holzhandel postulieren und eine Wertbeteiligung der betroffenen Gemeinden instituieren. Das Gesetz verpflichtet die Firmen, eine jährliche Pacht zu entrichten, die unter den betroffenen Gemeinden, ihrem Bezirk und der Regierung zu verteilen ist. Festgelegt war, dass den betroffenen Gemeinden 30 Prozent der so erzeugten Einkünfte zukommen, während der Bezirk ebenfalls 30 Prozent und die Regierung 40 Prozent erhalten sollten. Für die monatliche Bewertung der Wertschöpfung durch die Firmen ist die Regierung auf die Genfer Treuhänder angewiesen. Nach der Bewertung durch die SGS sollten die Firmen den entsprechenden Betrag direkt auf ein Konto der Regierung einzahlen.

Gemäss der Verordnung würde die Regierung die Landpachten einnehmen, in Koordination mit der liberianischen Zentralbank und dem Finanzministerium den Bezirken ihren Anteil überweisen und danach den Anteil der Gemeinden über das National Benefit Sharing Trust Board auszahlen.

Darüber hinaus waren Holzschlagfirmen durch das Gesetz gehalten, die Lizenzen für die Langholzentnahme über die Forstentwicklungskomitees direkt an die betreffenden Gemeinden zu leiten. Gemäss Gesetz sind sie verpflichtet, 1.50 USD pro Kubikmeter Holz zu bezahlen.

Allen Verordnungen zum Trotz ...

Leider scheinen diese Gesetze ihren Zweck nicht zu erfüllen: Konzessionäre, einige Regierungsbeamte und multinationale Korporationen profitieren am meisten von diesem Gewerbe. 2013 erliess die Regierung ein weiteres Gesetz, das einen Teil der jährlichen Landpacht für die Konzessionsgebiete abschaffte. Berücksichtigt man die 25-jährige Laufzeit der erteilten Lizenzen resultiert der Erlass der primären Landpacht zugunsten der Holzexporteure in einem Verlust von 200 Millionen USD für die betroffenen Gemeinden und den liberianischen Staat. Auch wurden die Gebühren für die Fällquoten mit den Exportsteuern zusammengelegt. Auch diese den Gemeinden zustehenden Vergütungen werden nun direkt von der Zentralverwaltung eingefordert.

Zum Zeitpunkt als dieses Gesetz eingeführt wurde, schuldeten die Holzschlagfirmen der Regierung ungefähr 43 Millionen USD an Landpacht und Verwaltungskosten. Als Folge der revidierten Gesetzgebung wurden über 10 Millionen USD dieses Rückstandes erlassen. «Es wurde keine offizielle Erklärung für diesen Erlass lautbar – der Betrag verschwand einfach von den monatlichen Finanzberichten der Société Générale de Surveillance,» resümiert die Studie des SDI.

Kompradoren und internationale Korporationen

Die Untersuchung ergab, dass mehrere vormalige oder derzeitige Regierungsbeamte und einige Parlamentarier von den Erlassen profitierten, da sie die Verträge zeichneten oder aber Anteilscheine an Firmen in der Holzbranche besitzen. So ist der frühere Parlaments-sprecher zu 15 Prozent Teilhaber an International Consultant Capital (ICC). Der frühere Abgeordnete von Lofa County und jetzige Arbeitsminister scheint ebenfalls sechs Prozent Anteile zu halten. Ein weiterer prominenter Politiker, der in den Wahlen von 2017 Aspirationen auf die Präsidentschaft hegte, besitzt 24 Prozent an ICC. Diese Engagements verletzen liberianisches Gesetz, das den Besitz von Anteilscheinen durch Parlamentarier verbietet, um Interessenskonflikte zu vermeiden.

Ein früheres Mitglied des Repräsentantenhauses – das es vorzog, anonym zu bleiben – sagte, die beiden vormaligen Parlamentarier hätten 2009 die Ratifizierung des Vertrages mit der Firma ICC beeinflusst. Allerdings ist ICC ein vornehmlich liberianisches Unternehmen, dessen Kapital nicht mehrheitlich einer weltumspannenden Korporation gehört. Eine andere Firma der «dirty seven» hingegen ist ein Abkömmling des malaysischen Holzschlaggiganten SAMLING, welcher eine Spur illegalen Holzschlagens rund um die Welt zieht. Zwei weitere Firmen sind an die asiatische Gesellschaft MANDRA angebunden, welche während des Bürgerkrieges über eine inzwischen aufgelöste Firma Holz extrahierte. Gemäss der liberianischen Truth and Reconciliation Commission leistete diese während des Bürgerkrieges «der gesellschaftlichen Instabilität Vorschub».

«Trotz diesem Hintergrund sind diese Firmen bis jetzt der Sanktionierung entkommen, die ein offizieller Bericht zum Skandal mit den Private Use Permits (PUP) empfohlen hatte», schreibt Global Witness.

Bekannte Zahlen – variable Sichtweisen

Wenn man den durchschnittlichen «Freight on Board»-Preis (FOB) der exportierten Stämme anwendet, der damals 190 USD pro Kubikmeter betrug, so wurden zwischen 2009 und 2016 von der Holzindustrie 149 Millionen USD erwirtschaftet.

Per Ende Dezember 2016 betrug also die geschuldeten Landpacht (zusätzlich zu den Gebühren für die extrahierten Holzmengen in der Höhe von 422 352.50 USD) erneut 20 Millionen USD. Das würde etwa weitere sechs Millionen USD für Gemeinden und ebenso viel für die Bezirke ergeben. «Entgegen dem Gesetz liess die Regierung dem National Benefit Sharing Trust Board jedoch lediglich 1,9 Millionen USD zukommen, was in einem Negativsaldo von etwas über vier Millionen USD resultiert», kommentiert das SDI.

Liberias Forstentwicklungsbehörde (FDA) stützte die Annahme, dass die meisten Konzessionäre gegenüber der Regierung im Rückstand seien. Der Vizedirektor beschwichtigte jedoch, dass bestimmte Abgaben erlassen worden seien und die Firmen versprochen hätten, ihre Verpflichtungen gegenüber der liberianischen Regierung einzuhalten.

Andererseits sah sich die Finanzbehörde im September 2017 gezwungen, acht Holzschlagfirmen vor Gericht zu ziehen, weil sie ihren Steuerpflichten in der Größenordnung von zwei Millionen USD nicht nachgekommen waren. Aufgrund der Klage der Finanzbehörde ordnete das Gericht wegen versäumter Steuerpflicht Schliessungsbefehle gegen acht Holzschlagfirmen an. Wenige Tage später wurde der Schliessungsbefehl jedoch durch die Regierung revidiert. Der Beschluss des Gerichtes sei «einseitig und falsch» gewesen. Der Informationsminister bezichtigte den richterlichen Beschluss, die «makroökonomische Stabilität zu untergraben».

Bemühungen, dem Präsidenten der Liberia Timber Association (LRA) einen Kommentar zu entlocken, schlügen fehl; der Vizepräsident sagte aber, dass die Firmen eine Vereinbarung mit der Regierung getroffen hätten. Danach hätten die Regierung von Liberia, der Finanzminister und die LRA vereinbart, dass jede Firma nach Exporten von Langholz 17 Prozent ihrer Schuld bezahlt. Die Schatzmeisterin von LRA, die einer der betroffenen Firmen vorsteht, wies den belegten Anspruch, dass ihr Unternehmen gegenüber der Regierung verschuldet sei, hingegen zurück. ■

Afrika in Kürze

10

Ethnische Konflikte

Zusammenstösse nehmen zu

Auch wenn der Süd-Sudan ausgeblendet wird, nimmt die Zahl blutiger gesellschaftlicher Konflikte zu. Der sozusagen «traditionelle» Wirtschaftskrieg zwischen zeitweise wandernden Viehhirten und Bauern scheint sowohl von der fortschreitenden Klimaverschlechterung als auch vom ungestümen Bevölkerungswachstum an verschiedenen Orten aufgepeitscht. In Mali überfielen Dogon Dörfer der Peul, im Plateau-Staat in Nigeria haben die Zusammenstösse zwischen Fulani und Berom seit Januar 1300 Leben gekostet, Frauen und Kinder inbegriffen. Die Angriffe sind als eigentliche Ausrottungsaktionen gedacht. Im Nordosten der Demokratischen Republik Kongo haben zurzeit Konflikte zwischen Hirten- und Bauernethnien Opfer gefordert: 120 Dörfer wurden über das letzte Jahr verbrannt und deren Einwohner kaum geschont. Im südöstlichen Äthiopien – nicht unbedingt eine wirtliche Gegend – ging schon seit dem vergangenen Jahr die Landbevölkerung der Oromo und Somali aufeinander los. Die eindrückliche Bewaffnung der jungen Männer selbst weitab der Städte – AK47 und Kalashnikows werden überall günstig gehandelt – macht aus ländlichen Ausmarchungen wahre Blutbäder. Allein in Süd-Äthiopien zählt das Rote Kreuz 800 000 Vertriebene, und sieht sich vor dem Problem, dass diese Art von Konflikten auf den politischen Bühnen nicht wahrgenommen und Hilfe deshalb kaum finanziert wird. ■

Mozambique

Islamisten im Norden des Landes?

Seit etwa einem Jahr wiederholen sich in der nördlichsten Provinz grausame Überfälle durch Gangs, die von der Bevölkerung «Al-Shabab» genannt werden. Vorderhand traf es abgelegene Dörfer. Die Morde und Zerstörungen wurden jeweils von einer geringen Zahl von Angreifern verübt, die meist nur mit Macheten bewaffnet waren. Eine Studie zu den Hintergründen der Bewegung hat jedoch ein Potential aufgedeckt, das das Fürchten lehren kann. Schon seit 2015 sind unzufriedene junge Männer laut geworden, die zum Teil einer muslimischen Minderheitsethnie angehören. Die geringe Aussicht auf Jobs für Ungelernte in der anlaufenden Gas-Extraktion in den Küstengewässern dürften die Frustration weiter angeheizt haben. Werber der Al-Shabab und islamistische Geistliche aus Kenya, die dort verfolgt nach Süden auswichen, haben ihnen seit zwei, drei Jahren eine behilfliche Ideologie und «Ziele» angedient sowie teilweise militärisches Training in Somalia oder Kenya vermittelt. Zugleich scheinen die kampfeslustigen Burschen den Schmugglerbaronen gelegen zu kommen, sodass aus dem in dieser Gegend bereits gängigen Edelholz- und Rubin-Schmuggel eine Teilhabe an einer beachtlichen Finanzquelle erwuchs. Die endlich alarmierte Regierung im entfernten Maputo hat nun vermehrt Polizei und auch Spezialeinheiten der Armee in das Gebiet entsandt, das mit seinen Gas-Ressourcen eigentlich ein El Dorado werden sollte. Das brachiale Eingreifen könnte allerdings der Zielsetzung der Rebellen nützen, die Bewohner gegen den Staat aufzubringen und das Netzwerk attraktiver erscheinen zu lassen. ■

Zimbabwe

Wahlen nach gewohntem Muster

Der bislang ad interim regierende Präsident Emmerson Mnangagwa tat viel, um mit den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen die Reputation Zimbabwes international wieder aufzubessern. Er weiss, dass dringend benötigte Kredite und Investitionen davon abhängen. Die EU wurde zur Wahlbeobachtung eingeladen, was Mugabe bei den zwei vorangehenden Wahlen in diffamierender Weise abgelehnt hatte. Gleichzeitig hat die Armee verlauten lassen, dass sie in den Wahlen vollständig neutral bleiben werde. Gegenkandidat der MDC-Allianz, in der neben der MDC-D verschiedene Kleinparteien gruppiert sind, ist nach Morgan Tsvangiras Tod Nelson Chamisa. Er war Informationsminister in der Konkordatsregierung 2009 bis 2013. Unzufrieden mit der Reformierung der Wahlkommission hatte Chamisa schon im Voraus die Möglichkeit von Wahlfälschung angesprochen. Seine Anhänger, die besonders in den Städten und im Ndebele-Gebiet Mehrheiten erreichten, gingen in der Hauptstadt schon bei der Verkündigung der Resultate der Parlamentswahlen zornig auf die Strasse. Militär und Polizei sahen ihr Versprechen als abgelaufen und schlugen die Proteste mit einer Gewalt nieder, die die anwesende Weltpresse schockierte. Obwohl sich Mnangagwa von diesem Vorgehen distanzierte, verlängerten die USA umgehend die laufenden Sanktionen gegen Zimbabwe und rückten damit die Hoffnungen auf einen Neustart wieder in die Ferne. Chamisa formalisierte seinerseits den Protest seiner Anhänger über eine juristische Klage bezüglich der knappen Entscheidung der Präsidentschaftswahlen. Das Gericht wird sich in Kürze damit befassen – doch grosse Hoffnungen liegen in Scherben. ■

Nigeria

Abacha-Gelder teilweise retourniert

Seit 1997 haben die ungesetzlichen Guthaben des früheren nigerianischen Despoten Sani Abacha in der Schweiz die Bankenkommission, das Aussen-departement und die DEZA beschäftigt. Ob aufgrund der schweizerisch gründlichen Untersuchung der Umstände, unter welchen die Einlagen angenommen wurden, Sanktionen an fehlbare Banken erfolgten, kam kaum an die Öffentlichkeit. Doch seither gab es Verhandlungen mit Nigeria über Rückzahlungen. Von den ursprünglich bei Schweizer Banken festgestellten Guthaben in der Höhe von 660 Millionen CHF werden nun 321 Millionen CHF zurücküberwiesen. In langwierigen Verhandlungen wurde dafür ein Modus entwickelt, nach dem 300 bedürftigen Familien in Nigeria über eine nicht bekannte Zeitspanne je 14 USD pro Monat ausgezahlt werden soll. Wer diese Familien bestimmt, ist nicht bekannt, jedoch sind «konkrete Schritte im Fall von Missbrauch oder Korruption vorgesehen». ▀

Äthiopien

Neues Verhältnis zu Eritrea

In den fünf Monaten seit dem Amtsantritt des neuen äthiopischen Präsidenten wurde das Steuer so scharf herumgerissen, dass dies als eine Politik des Überraschungseffektes gesehen werden kann. Zweifellos haben nicht alle im Parlament oder in Ämtern sitzenden Angehörigen der früheren Regierung auf genau diese Reformen gewartet. Die Freilassung von weiteren 7000 teilweise bekannten Gefangenen, die vorgezogene Aufhebung des Ausnahmezustandes und Wiederzulassung des Internets, die Entlassung von Köpfen des Geheimdienstes, Militärs und Gefängnisverwaltungen, die Schliessung des berüchtigten Foltergefängnisses in Addis Abeba räumten die Altlasten in vehementer Geste von der Bühne. Ahmed Abiy (40), hochgebildeter Kopf der in der Regierungskoalition eingebundenen Oromo-Partei, hatte die Regierung erst im Februar übernommen, um schon im Mai auch den seit 16 Jahren schwelenden Kriegszustand mit Eritrea per Dekret aufzuheben und einen Neuanfang der Beziehung zwischen den beiden Staaten in die Wege zu leiten. Innert Wochen wurden diplomatische Kontakte aufgenommen, Treffen der beiden Präsidenten in Asmara und Addis Abeba brachen die Erstarrung in einer geradezu emotionalen Aufbruchsstimmung auf, der Flugverkehr wurde wieder aufgenommen. Eritrea setzte seinerseits ein Zeichen, indem es Truppen aus dem umstrittenen Grenzgebiet abzog. Widerstände einmal seitens der eben noch hegemonialen Tigrinja, eines Teils der Bevölkerung der Gebiete, die nach dem nicht eingelösten Waffenstillstandsabkommen von 2002 Eritrea zuge-

schrieben wurden, sowie ein gescheitertes Attentat auf Abiy zeigten allerdings, dass die Umsetzung des Friedensangebotes mehr als eine Sache von Wochen sein wird. Auch in Eritrea wirft die Beendung des Kriegszustandes, der als Begründung für die Militarisierung des Landes diente, grosse Zukunftsfragen auf: Wird das Militär, das teilweise auch privat von Einsätzen von Dienstpflchtigen profitiert, auf seine Macht und die bislang fast beliebig verlängerte Verfügbarkeit von Soldaten und Soldatinnen so leicht verzichten?

Und die Nachbarn?

Sudan und Qatar unterstützen im Sudan nahe der eritreischen Grenze Oppositionelle beim Aufbau eines «Eritreischen Jihads». Damit wollen sie die eritreische Unterstützung der Vereinigten Arabischen Emirate und Saudiarabiens im Krieg gegen die Huthi-Rebellen im Jemen sanktionieren. Auch zwei sudanesische Kampfflugzeuge sind in das Grenzgebiet verlegt worden. Bereits in den 1980er-Jahren war im eritreisch-sudanesischen Grenzgebiet eine Organisation «Eritreischer Jihad» aktiv. Aufgrund des Tauwetters zwischen Eritrea und Äthiopien hat nun auch Sudan eine Wiederannäherung an Eritrea angekündigt. Ob dies zu einem Überdenken der Unterstützung des islamistischen Jihads führen wird, ist noch offen.

Djibouti seinerseits muss vor allem Konkurrenz für seinen Hafen befürchten, durch den bislang sämtliche äthiopischen Exporte gingen: Die erneute Nutzung eritreischer Häfen war eines der ersten Traktanden der neuen Freunde. ▀

Zur Annäherung zwischen Äthiopien und Eritrea siehe auch den Beitrag von Hans-Ulrich Stauffer auf Seite 16.

Ein Besuch in Bisha

Eritreas Modell für Dritt Welt-Länder

Auf den ersten Blick scheint Eritrea ein rohstoffarmes Land zu sein. Doch dieser Eindruck trügt. Schon während der kurzen italienischen Kolonialzeit wurde im kleinen Rahmen Gold gefördert, Kali abgebaut und nach Erdöl gebohrt. Mit dem Ende der Kolonialherrschaft kam während den Jahrzehnten der Zwangsföderation mit Äthiopien und des anschliessenden Befreiungskampfes dieser Abbau zum Erliegen. Hans-Ulrich Stauffer hat das Bergbaugebiet von Bisha besucht.

Die Fahrt von der eritreischen Hauptstadt nach Bisha dauert drei Stunden. Während in Asmara auf 2200 Meter Höhe ein angenehmes Klima herrscht, zeigt das Thermometer im westlichen Tiefland der Gash-Barka-Region 42 Grad an. Die Böden sind steinig und mit Akazien bewachsen. An Wasserläufen wachsen Dattelpalmen. Nomadisierende Hirten ziehen mit Kamelherden über das Land. Vereinzelt hat es Dörfer, aber alles sieht sehr trocken und dürr aus.

für eine qualifizierte Person. Ein Viertel der Beschäftigten sind Frauen; eine Fahrerin der immensen Caterpillar, welche das gebrochene Gestein aus der Grube in die Mühle fährt, kann ohne weiteres 7000 Nakfa verdienen (450 CHF). Gesamt beschäftigt die Mine in Bisha 1500 Personen, darunter 120 Expats: Australier, Briten, Kanadier, Holländer, Südafrikaner.

Grosses Potenzial

Betrieben wird die Tagbau-Mine von der Bisha Mining Share Company. Diese ist ein Joint Venture zwischen der Nevsun Ressources Ltd., die ihren Geschäftssitz in Vancouver in Kanada hat, und der staatlichen eritreischen Minengesellschaft Eritrean National Mining Company (ENAMCO). Die Bisha-Gesellschaft ist seit 2008 aktiv. In den ersten Jahren wurde die Lagerstätte erschlossen und die notwendige Infrastruktur, Strassenanschluss und Stromversorgung errichtet. Wasser wird aus einer eigenen Quelle bezogen. Im Februar 2011 konnte die Produktion aufgenommen werden. Das Konzessionsgebiet umfasst 880 Quadratkilometer, doch das eigentliche Minengelände von Bisha nur 78,8 Quadratkilometer, dazu kommt noch die kleinere Harene-Konzession mit sechs Quadratkilometern.

Bisha liegt auf dem ostafrikanischen Graben. Hier schoss vor 750 Millionen Jahren Magma an die Erdoberfläche. Nun kann daraus Gold, Kupfer und Zink abgebaut werden. Die bis jetzt prospektierten Kupferreserven sind immens und betragen nahezu 50 Millionen Tonnen Erze mit einem Kupfergehalt von ein bis drei Prozent. Der Goldgehalt der 480 000 Tonnen Erze wird mit über sechs Gramm pro Tonne ausgewiesen. Die goldhaltigen Erze liegen in der obersten Schicht, etwa 35 Meter darunter liegen die Kupfer- und Zinkvorkommen. Das wird als Glücksfall bezeichnet, denn wenn einmal die goldhaltigen Gesteine abgetragen sind, kann an derselben Stelle mit dem Kupfer- und Zinkabbau weitergemacht werden.

Das Potenzial von Bisha wird eher zurückhaltend kommuniziert, konnte aber in der Folge dank einem weiteren Ausbau der Anlage im Frühjahr 2015 auf 600 000 Tonnen Kupfer, 1 400 000 Tonnen Zink, 750 000 Unzen Gold (rund 12,5 Tonnen) und 42 Millionen Unzen Silber (420 Tonnen) erhöht werden – ein gigantisches Vorkommen. Lag der Goldpreis zum Zeitpunkt der Exploration bei 400 Dollar pro Unze, stieg er im Januar 2015 auf die Höchstmarke von rund 1300 Dollar pro Unze. Heute liegt er bei 1250 Dollar pro Unze.

Soeben ist eine weitere Prospektierungsphase durchgeführt worden. Mittels südafrikanischer Technologie wurde vom Helikopter aus der Boden abgesucht. Das sensationelle Ergebnis: Es wurden im Konzessionsgebiet nochmals dreissig weitere Lagerstätten gefunden. Das habe er in Afrika noch nie erlebt, meinte der südafrikanische Spezialist.



Aus dem pulverisierten Gestein werden Kupfer und Zink ausgefällt (Bild: Hans-Ulrich Stauffer 2018).

Eine neue, gut ausgebaute Strasse zweigt in Agordat von der Hauptstrasse nach Tessenei ab. Nach einer halben Stunde ist Bisha erreicht. Ausserhalb des Minengebiets ist für die lokalen Beschäftigten ein Dorf gebaut worden. Etwa 250 Arbeiter und Arbeiterinnen leben hier mit ihren Familien. Weitere Arbeiter kommen aus den umliegenden Dörfern. Meistens gehören sie der Ethnie der Bilen an.

Das Minengebiet ist dreigeteilt. Verwaltung und Wohngebiet mit vielen frisch angepflanzten Bäumen, das Verarbeitungszentrum für das abgebauten Erz und dann die Gruben, alles etwa in zehn Kilometern Distanz. Die ausländischen Experten wie auch die eritreischen qualifizierten Arbeiter und Arbeiterinnen leben in der Mine. Gearbeitet wird in zwei Schichten zu je acht Stunden. Nach zwei Wochen steht eine Woche Freizeit an, in welcher die eritreischen Fachkräfte zu ihren Familien zurückkehren. Die ausländischen Experten – Geologen, Ingenieure, Kader – haben nach drei Monaten einen Monat frei. Für eritreische Beschäftigte liegen die Löhne zwischen 2500 Nakfa für eine Hilfskraft und 9000 Nakfa

Grossteil des Gewinns bleibt im Land

Nach dem Ende des Befreiungskampfes (1991) dauerte es mehr als 15 Jahre, bis mit der Erschliessung der Lagerstätte begonnen wurde. Sicher wäre es einfacher gewesen, Konzessionen zu erteilen und den gesamten Abbau ausländischen Konzernen zu überlassen. Doch diesen Weg wollte die eritreische Regierung nicht beschreiten. Sie suchte nach Möglichkeiten, ihre Verfügungsgewalt und damit ihren Anteil am Ertrag möglichst umfassend zu halten.

Die eritreische Lösung sieht so aus: Eritrea ist an der Bisha Mining Share Company als Aktionärin mit 40 Prozent und die kanadische Nevsun, die das gesamte Fachwissen für Prospektion und Abbau liefert, mit 60 Prozent beteiligt. Der eritreische Kapitaleinsatz wurde durch ein chinesisches Darlehen sichergestellt, nachdem ein anderes Darlehen – dem Vernehmen nach von der deutschen KfW – aufgrund von amerikanischem Druck nicht zustande gekommen war.

Dank der eritreischen Minderheitsbeteiligung von 40 Prozent fliessen im gleichen Umfang Erträge nach Eritrea, nebst den Steuern von knapp 40 Prozent, die im Voraus erhoben werden. Diese steuerliche Belastung wie auch das Joint-Venture-Modell sind in der eritreischen Gesetzgebung verankert und gelten auch für alle anderen Minengebiete, so beispielsweise für die Zara-Mine (Gold; Joint Venture mit chinesischer Firma) oder Colluli (Kali; Joint Venture mit australischer Firma). Damit hat Eritrea ein Modell geschaffen, das auch anderen rohstoffexportierenden Staaten wohltäte.

Was genau bleibt im Land?

Welche Erträge gehen an den eritreischen Staat? Offizielle Angaben dazu gibt es keine. In UN-Publikationen finden sich unterschiedliche Angaben, ohne dass jedoch die Quellen genannt werden: So sollen 2012 Zahlungen der Nevsun an den eritreischen Staat in Höhe von 317 Millionen Dollar erfolgt sein, 2014 jedoch nur 85 Millionen Dollar. Nevsun selbst nennt für die ersten fünf Betriebsjahre den Betrag von 800 Millionen Dollar an Steuern und Konzessionsabgaben, die an den eritreischen Staat bezahlt worden seien. Nun, da der Abbau voll im Gange ist, schätzt Nevsun die Höhe der Zahlungen für die zehn Jahre ab 2015 auf gesamthaft 14 Milliarden Dollar – eine gigantische Summe.

Da Nevsun an der kanadischen Börse kotiert ist, obliegen der Firma Informationspflichten. Im März 2014 ist ein über 320 Seiten starker technischer Report über den Bergbau in Bisha veröffentlicht worden. Auch zum Schutz der Umwelt liegen Programme vor; ebenso ein jährlicher Bericht über die Unternehmensverantwortung. Ist das die Auswirkung kanadischer Standards, über die sich börsenkotierte Firmen ausweisen müssen? Für afrikanische Verhältnisse sind diese Transparenz und Selbstverpflichtung beachtlich. Immerhin sind so aus dem Nichts 1500 Arbeitsplätze geschaffen worden – davon sind mehr als 1300 von Eritreern und Eritreerinnen besetzt.

Internationale Standards

Kaum Arbeitsunfälle, eine saubere Umwelt, eine anständige Behandlung der einheimischen Beschäftigten, Ausbildungsprogramme für den Nachwuchs, klare Ar-

beitsregelungen, hoher technischer Standard – die ausländischen Experten sind des Lobes voll über den Arbeitsplatz Bisha. Ob dies auf den Einfluss der kanadischen Nevsun zurückzuführen sei? Nein, antwortet der General Manager, die Vorgabe der eritreischen Regierung sei gewesen, sich an den höchsten internationalen Standards zu orientieren. Der australische Geologe Jankowski, der sein Leben lang in afrikanischen Minen gearbeitet hat, sagt denn auch, dass er in Afrika noch nie eine Mine mit einem dermassen hohen Standard gesehen habe.



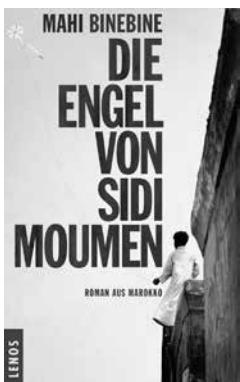
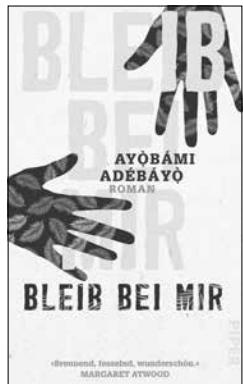
In der obersten Schicht lag Gold, darunter Kupfer und Zink. Die Tagbaumeine von Bisha (Bild: Hans-Ulrich Stauffer 2018).

2019 soll nun auch die nächste grosse Mine in Betrieb gehen: In der Dankil-Ebene liegen Kalivorkommen, die zu den weltgrößten gezählt werden. Ihr Abbau geschieht ebenfalls im Tagebau. 400 Millionen Dollar sind investiert worden. An der Colluli Mining Share Company sind Eritrea und die australische Danakali Ltd. zu je 50 Prozent beteiligt. Die Lagerstätte wird mit über 20 Milliarden Dollar bewertet. Mit einer neu gebauten, 70 Kilometer langen Stichstrasse zur Anfile-Bucht am Roten Meer kann das abgebaute Kali verschifft werden. Die Märkte liegen vor der Türe: Indien und China. Ein neues, vielversprechendes Projekt!

Links: www.bishamining.com; www.nevsun.com; www.danakali.com.au

Literatur

Buchbesprechungen



Was hat Marikana mit uns zu tun?

bm. Dieser Sammelband geht der scheinbar einfachen Frage nach, wie es möglich ist, dass jene, die eines der kostbarsten Metalle der Welt abbauen, selbst in Slums leben. Am Ende der Lieferkette des in Südafrika geförderten Platins finden sich vom deutschen Chemieriesen BASF für Dieselmotoren produzierte Katalysatoren. Trotzdem hat kein Journalist die Verbindung von dort nach Hier hergestellt, als im August 2012 die Meldungen hereinkamen, dass die südafrikanische Polizei 34 streikende Arbeiter des britisch-südafrikanischen Platinproduzenten Lonmin erschossen hatte. Der Band versammelt die Stimmen von Arbeitern, Aktivistinnen und Wissenschaftlerinnen aus Südafrika und Europa. Sie zeigen am Beispiel von BASF koloniale Kontinuitäten sowie Machtstrukturen auf, welche die rohstoffgebenden Länder immer auf der Verliererseite platzieren. Das deutsche Vorzeigunternehmen, dessen Rohstoffhandelsarm BASF Metals AG bis vor kurzem in Zug domiziliert war, engagiert sich im Global Compact an vorderster Front für freiwillige Unternehmensverantwortung. So sollen verbindliche Regulierungen verhindert werden. Konfrontiert mit den Zeugnissen von Vertretern der betroffenen Bevölkerung, die an der Aktionärsversammlung auftraten und verlangten, dass sich der Konzern für Entschädigungszahlungen sowie bessere Lebensbedingungen in Marikana einsetzt, stahl sich die Konzernspitze aus der Verantwortung und verwies auf die südafrikanischen Behörden.

Mehrere Beiträge zeigen auf, wie die globale Arbeitsteilung des Extraktivismus nach gängigem Muster in den Ländern der Rohstoffgewinnung der Bevölkerung zum Nachteil gereicht. Zwischen den Lebensbedingungen in Marikana und dem bei

uns üblichen imperialen Lebensstil besteht eine direkte Verbindung! Gefordert werden deshalb international anwendbare rechtliche Regulierungen, welche Unternehmensverantwortung festzuschreiben. Um dies zu erreichen braucht es neue Formen der transnationalen Solidarität fordern die Aktivisten aus Südafrika. Der ansprechend gestaltete Band lässt die Betroffenen und deren Lebensumstände mit zahlreichen Illustrationen auch bildlich in Erscheinung treten. ■

Britta Becker, Maren Grimm, Jakob Krameritsch (Hg.): *Zum Beispiel BASF. Über Konzernmacht und Menschenrechte*. Wien/Berlin 2018 (Verlag Mandelbaum).

Kinderlos im Nigeria der 1980er-Jahre

cvl. Yejide heiratet ihre grosse Liebe Akin, doch die erwartete und erhoffte Schwangerschaft bleibt aus. Sie versucht alles und hofft auf ein Wunder, doch nichts hilft. Ihre Schwiegereltern drängen und üben Druck aus, bis Akin eine Zweitfrau nimmt. Yejide ist verzweifelt, wird fast wahnsinnig. Adebayo Ayobami beschreibt in ihrem von Margaret Atwood übersetzten Roman den Druck auf kinderlose Frauen in Nigeria und den abgrundtiefen Schmerz, das eigene Kind zu verlieren. Die entscheidende Frage ist aber menschlich und universell: Wie weit ist man bereit zu gehen, um sich den Wunsch der eigenen Familie zu ermöglichen?

Die Geschichte spielt vor dem Hintergrund des Nigerias der 1980er-Jahre. Druck und Spannungen spiegeln sich in der Öffentlichkeit und im Privatleben. Die seelischen Schmerzen und das unaufhörliche Zerbrechen einer Ehe gehen dem Lesenden ans Herz und lassen erahnen, wie schwer Erwartungen auf einen Menschen lasten können. ■

Adebayo Ayobami: *Bleib bei mir*. München 2018 (Piper).

Der trügerische Paradiesgürtel

ef. Wie kann es soweit kommen, dass Jugendliche bereit sind, sich bei einem terroristischen Anschlag in die Luft zu sprengen und Dutzende von zufälligen Opfern mit sich in den Tod zu reißen? Diese Frage umtrieb den marokkanischen Autor Mahi Binebine seit dem Anschlag, der 2003 in Casablanca über 40 Tote und Hunderte von Verletzten forderte. Denn die Täter kamen nicht aus Libyen oder Afghanistan, sondern aus Sidi Moumen, einem Elendsviertel vor den Toren der Stadt.

In seinem Roman schildert er das Leben von sechs Jungen aus diesem Quartier, wo die Verlierer landen, wo das Leben von Dreck, Gewalt und Aussichtslosigkeit geprägt ist. Die Jungen schlagen sich mit dem Durchwühlen der riesigen Abfallhalde nach Brauchbarem oder mit Schuheputzen durch. Sie spielen begeistert Fussball mit den Etoiles de Sidi Moumen und haben jede Menge Streiche im Kopf. Und sie kümmern sich umeinander, teilen ihre bescheidenen Reichtümer. So versuchen die anderen, Fuad vom Leimschnüffeln wegzubringen oder Nabil lädt Jaschin ein, seine kleine Hütte mit ihm zu teilen. Gewalt gehört zum Alltag: der clevere Hâmid ist der Chef der Abfallsammler, er lässt die andern für sich arbeiten und setzt sich wenn nötig mit seiner Fahrradkette durch. Auch der Totschlag eines Erwachsenen, der einem Jungen nachstellt, ist kein Tabu.

Eines Tages taucht Abu Subair in Sidi Moumen auf. Der islamistische Verführer gibt den Jungen eine Perspektive, verschafft ihnen Arbeit und Geld, ermöglicht ihnen, zum ersten Mal aus ihrem Quartier heraus zu kommen. Vor allem aber gibt er ihnen ihren Stolz zurück: «Wir waren keine Schmarotzer, kein Abschaum der Menschheit mehr. Wir waren

Literatur und Musik

Buchbesprechungen

Neue CDs

saubere, rechtschaffene Bürger mit ehrenwerten Anliegen». So werden die Jugendlichen langsam an die Idee herangeführt, mit umgeschnalltem «Paradiesgürtel» als von Gott auserwählte Helden zu sterben.

Erzählt wird die Geschichte von Jaschin posthum. Dieser Kunstgriff ermöglicht es dem Autor, die Realität aus der Perspektive eines Betroffenen zu schildern, der zwar als Junge als etwas beschränkt galt, nun aber über eine neue Bewusstheit und entsprechende Ausdrucksmöglichkeiten verfügt. Ein mehr denn je aktueller Roman, der die Zusammenhänge zwischen Armut und Terrorismus besser verständlich macht. Das Buch wurde vom französisch-marokkanischen Regisseur Nabil Ayouch unter dem Titel «Les chevaux de Dieu» 2012 verfilmt. ■

Mahi Binebine: *Die Engel von Sidi Moumen*. Basel 2017 (Lenos Verlag).



Fatoumata Diawara

Die Eltern der in Côte d'Ivoire geborenen Fatoumata Diawara stammten aus Mali. Die Verbindungen dorthin blieben bestehen. Fatoumata war ein wildes Mädchen und die Eltern schickten das Kind aus erzieherischen Gründen nach Bamako. Das war ein Glücksfall. Schon in jungen Jahren spielte sie in afrikanischen Spielfilmen mit. Eine Rebellin blieb sie. Dazu wurde ihr die Musik immer wichtiger. Sie kam in Kontakt mit dem Musiker und Produzenten Cheikh Tidiane Seck, wie auch mit Dee Dee Bridgewater und Oumou Sangare.

Weiter ging es im Filmgeschäft und dann kam das Album Fatou. Von ihr selbst zusammen mit Nick Gold von World Circuit produziert. Schon dieses Album war höchst hörenswert. Ihre engagierten Texte, ihr Eintreten für die Rechte und die Kraft der Frauen, dazu ihre starke Stimme und ihr musikalisches Können lösten ein grosses Echo aus. Dann kam eine eindrückliche Zusammenarbeit mit dem kubanischen Pianisten Roberto Fonseca, sowie der marokkanischen Sängerin Hindi Zahra. Letztes Jahr beteiligte sich Fatoumata Diawara am französisch-westafrikanischen Projekt Lamomali. Die chansonorientierte Produktion von Matthieu Chedid wurde zu einem grossen Erfolg. Der Sänger und Multiinstrumenta-

list Chedid ist nun auch Produzent von Diawaras neuem Album Fenfo.

Im Look, in der Inszenierung gibt sich Fatoumata Diawara Afro-Futuristisch. Damit unterstützt sie ihre Botschaft, ihre geradlinigen Texte. Für das neue Album bereiste sie Ostafrika, wo dann ganz spezielle Fotos in Szene gesetzt wurden.

Fatoumata Diawara sieht sich als Repräsentantin einer neuen, modernen weiblichen Generation. Doch der Sound von Fenfo ist tief verwurzelt und vorzüglich instrumentiert. Ein schönes Hörerlebnis. Der Gesang ist durchgehend in Bamana. Dies verstärkt die Tiefe und ergibt einen guten Zusammenhang. Ein wirklich gelungenes Album. ■

Fatoumata Diawara: Fenfo. 11 Tracks. CD und Vinyl. Montuna 2018.
Fatoumata Diawara: Fatou. 12 Tracks. CD und Vinyl. World Circuit 2011.
Lamomali. 11 Tracks. CD und Vinyl. Wagram 2017.

Die Besprechung verfasste Pius Frey.
Bezugsadresse für CDs:
Buchhandlung Comedia
Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen
medien@comedia-sg.ch
www.comedia-sg.ch
Umfassendes Angebot aktueller CDs mit Musik aus Afrika.

Frieden zwischen Eritrea und Äthiopien

Am 5.Juni 2018 verkündete der neu gewählte äthiopische Ministerpräsident, Abiy Ahmed, Äthiopien anerkennt das Urteil des internationalen Schiedsgerichts aus dem Jahr 2002, in welchem über den Verlauf der Grenze zwischen Eritrea und Äthiopien entschieden worden war. Diesem Schiedsgerichtsverfahren war ein zweijähriger Krieg vorausgegangen, der auf äthiopischer Seite 80 000 und auf eritreischer Seite 20 000 Tote gefordert hatte. Im Schiedsverfahren, dessen Ergebnis beide Länder im Voraus als für sie bindend anerkannt hatten, wurde ein grösseres Gebiet um die Siedlung Badme Eritrea zugeschlagen, an anderen Stellen der Grenzverlauf jedoch auch zugunsten Äthiopien festgelegt. Eritrea akzeptierte das Urteil, nicht so jedoch Äthiopien. Dieses forderte ein neues Verfahren. Der internationale vermittelte Waffenstillstand hielt mehr oder minder bis heute, doch «no war – no peace» war insbesondere für Eritrea eine schwere Last.

In den letzten Jahren haben sich die inneren Widersprüche in Äthiopien drastisch zugespielt. Regionale Revolten verschärften sich stetig; zahlreiche Ethnien, vorab die Oromo, lehnten sich gegen die Dominanz der Tigre auf. Aber auch wirtschaftlich glänzte nicht alles. Vom ausgewiesenen Wirtschaftswachstum sahen zahlreiche Menschen nichts. Nach Massenprotesten trat im April der frühere Ministerpräsident Hailemariam Desalegn, der noch im letzten Jahr Eritrea mit einem erneutem Krieg gedroht hatte, zurück.

In einer Grundsatzrede zum Tag der Märtyrer hat der eritreische Präsident Isaias Afwerki am 20.Juni 2018 Äthiopiens Erklärung begrüßt und kurz darauf eine hochrangige Delegation nach Addis Abeba entsandt. Diese wurde herzlich empfangen. Nach zwanzig Jahren flatterten erstmals wieder eritreische Fahnen auf den Strassen der äthiopischen Hauptstadt.

Bereits am 8.Juli 208 besuchte dann der äthiopische Ministerpräsident Abiy Asmara und wurde von hunderttausend jubelnden Menschen empfangen. Am zweiten Tag seines Besuchs wurde eine gemeinsame Friedenserklärung verlesen und angekündigt, rasch die Beziehungen zu normalisieren.

Am 14.Juli 2018 besuchte Präsident Afwerki Addis Abeba. Eine Million Menschen bereiteten ihm einen begeisterten Empfang.

Die bewegenden Bilder aus Addis Abeba und Asmara zeigen eindrücklich, dass die Menschen beider Länder nur eines wollen: Frieden.

Viele Fragen sind noch zu klären. Die äthiopischen Truppen warten auf Instruktionen für den Rückzug und die Übergabe von Badme. Doch Einiges ist bereits in die Wege geleitet. Nach 20 Jahren Unterbruch kann wieder zwischen den beiden Ländern telefoniert werden. Seit dem 18.Juli fliegt Ethiopian Airlines wieder täglich nach Asmara. Die eritreische Botschaft in Addis ist wieder geöffnet worden. Und das Wichtigste: die Grenzen sind wieder offen.

Die wichtigsten Dokumente zur jüngsten Entwicklung sind online abrufbar: <http://www.afrikakomitee.ch/documentation-ethiopia-eritrea-in-peace/>

Weiterbildung am Zentrum für Afrikastudien Basel

Neu bietet das ZASB im Rahmen seines Weiterbildungsprogramms Kurse zu verschiedenen Themen an. Das Angebot richtet sich an Personen, die sich beruflich oder privat mit Afrika auseinandersetzen. Die einzelnen Kurse können für den Erwerb des Zertifikats (CAS) *African Affairs* angerechnet werden.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Website:
zasb.unibas.ch/de/weiterbildung

Aktuelle Kurse:

Jung in Afrika – Jugend, Bildung und Mobilität
22.-23. November 2018



Dieser Kurs beschäftigt sich mit dem Jungsein in verschiedenen gesellschaftlichen Zusammenhängen. Er zeichnet ein nuanciertes Bild einer jungen afrikanischen Generation und ihrem Platz in der Gesellschaft.

Religion in Africa: Christianity, Islam and Neo-Traditionalism
4.-5. Dezember 2018

Korruption und Integrität in NGOs und Unternehmen
7./8. Februar 2019

Afrika und die Welt: Internationale Beziehungen
28./29. März 2019

